

# Autarkie und Landwirtschaft

## Der Stellenwert der Ernährungswirtschaft

### in der nationalsozialistischen Kriegsplanung 1933–1945

Die Frage nach der Priorität von Wirtschaft oder Politik ist – als Alternative – sicherlich auch für das „Dritte Reich“ eine problematische Vereinfachung.<sup>1</sup> Denn wenn sich beispielsweise herausstellte, dass die deutsche Landwirtschaft mit dem Anspruch, „Nahrungsfreiheit“ zu sichern, überfordert war, dann lag darin deshalb eine hausgemachte Zwangslage, weil die Lücke durchaus mit Hilfe von Lebensmittelimporten hätte geschlossen werden können. Dazu aber hätte es einer entsprechenden politischen Entscheidung bedurft. Die Aufgabe der Selbstversorgung Deutschlands mit Nahrungsgütern konnte in Überschussproduktionszeiten wie 1933 durchaus als opportun im Sinne einer argumentativen Unterstützung landwirtschaftlicher Interessenpolitik erscheinen. Mit zunehmendem konjunkturellen Aufschwung und selbst unter Bedingungen von „Erzeugungsschlachten“, das heißt in Zeiten steigender Nachfrage nach Lebensmitteln, erwies sich die Aufgabe der Schaffung von „Nahrungsfreiheit“ durch die deutsche Landwirtschaft aber als unlösbar.<sup>2</sup>

Reichsernährungsminister und Reichsbauernführer Darré gab diesem Sachverhalt präzisen Ausdruck, als er darauf hinwies, die „Devisenlage“ bürde dem deutschen Volk „eine zwangsweise Autarkie“ auf, ohne zu erwähnen, dass es durchaus eine Frage der Festlegung von Prioritäten war, wofür die eingenommenen Devisen verwendet würden: für Rüstungsgüter oder Nahrungsmittel beispielsweise. Dadurch, dass die allgemeine politische Zielsetzung nationaler Unabhängigkeit mit dem produktionspolitischen Bedürfnis der Absatzsicherung für die Landwirtschaft zunächst synchron erschien, erhielt die Absicht der NS-Agrarpolitiker, mit Hilfe der „Marktordnung des Reichsnährstandes“ jegliche Weltmarktkonkurrenz von der einheimischen landwirtschaftlichen Erzeugung fernzuhalten, Gewicht: „Nahrungsfreiheit“ war mit politischer Handlungsfreiheit gleichzusetzen, die Sicherheit des Absatzes von Agrarprodukten war mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit der Sicherheit der Volksernährung als Voraussetzung politischer Unabhängigkeit zu koppeln.<sup>3</sup>

In einer Volkswirtschaft, die von den Nationalsozialisten als „Bedarfsdeckungswirtschaft“ verstanden wurde, hatte der Binnenmarkt ausschließliche Priorität. Dies war eine Konzeption, die 1933, als der Welthandel zusammengebrochen war, zur konjunkturellen Belebung und zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit Sinn machte. Angesichts der Agrarkrise schien sie sogar den Vorteil nüchterner Realitätsnähe zu haben. Darré argumentierte, dass die „Gesundung des Binnenmarktes“ gleichzeitig „politische Unabhängigkeit“ gewährleiste und dass die „Bedürfnisse des Volkes zuerst aus eigenem Boden, aus eigenen Kräften gedeckt werden“ sollten, und erst das, was dann noch fehle, solle „im Wege des Austausches importiert werden“.<sup>4</sup>

Dies war sicherlich keine Autarkiekonzeption einer völligen, auf Selbstgenügsamkeit zielenden Abkapselung vom Ausland, wie es die agitatorisch-primitive Alternative „Export oder Binnenmarkt“ nahe legte.<sup>5</sup> Zur Begründung dieser Konzeption „politischer Unabhängigkeit“, die auch konservative Wirtschafts- und Agrarpolitiker in den frühen Dreißigerjahren vertraten, wur-

den die Auswirkungen der Wirtschaftsblockade auf die Kampfkraft Deutschlands im Ersten Weltkrieg angeführt. Deutschland war damals von allen internationalen Lieferungsreserven abgetrennt gewesen, hatte aber Gegnern gegenüber gestanden, denen ein globales Wirtschaftspotenzial zur Verfügung stand. Das wirtschaftliche Sofortprogramm der NSDAP zum Wahlkampf vom Sommer 1932 versprach denn auch, dass „innerhalb weniger Jahre der deutsche Boden so verbessert und seine Bearbeitung so intensiviert werden, dass Deutschland von der ausländischen Lebensmitteleinfuhr unabhängig“ sein werde.<sup>6</sup> Hier deutete sich schon an, was im „Dritten Reich“ die „Erzeugungsschlachten“ ab 1934 zeitigten: mehr Einnahmen für die Landwirtschaft durch Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung, das heißt durch mehr Leistung.<sup>7</sup>

Die Reduzierung des Welthandels auf bilateralen Gütertausch hatte überdies den Vorteil, eine Neuordnung der Handelsbeziehungen nach politischen Gesichtspunkten zu ermöglichen, was für die Ernährungswirtschaft eine Verlagerung von Übersee hin zu Agrarexportländern in Südosteuropa bedeutete. Das Konzept wurde mit Hilfe von Clearing-Abkommen und Schachts „Neuem Plan“ ab 1934 verwirklicht. Insofern war die Verlagerung des Schwergewichts der Wirtschaftspolitik auf den Binnenmarkt durchaus keine Preisgabe der Außenwirtschaft, wohl aber kam sie den absatz- und preispolitischen Interessen der Landwirtschaft 1933 entgegen.<sup>8</sup>

Die Frage war allerdings, wie das NS-Regime es bewerkstelligen würde, die durch einen Konjunkturaufschwung gesteigerten Konsumbedürfnisse der Bevölkerung zufrieden zu stellen, wenn sie über die Leistungsfähigkeit der deutschen Bauern hinausgehen würden. Die unter den Bedingungen des Jahres 1933 bereitwillig übernommene Aufgabe, „Nahrungsfreiheit“ zustande zu bringen, konnte unter veränderten Marktbedingungen sowohl zu Überforderung der Landwirtschaft als auch zu Konsumeinschränkungen der Bevölkerung führen. Außerdem bezog sich die mit dem Autarkiebegriff verbundene Notwendigkeit einer Potenzierung aller Wirtschaftskräfte des Landes zu seiner immer weiter gehenden Unabhängigkeit ja nicht nur auf den Ernährungssektor, sondern auf alle Bereiche der Wirtschaft. Eine Ausdehnung der Reglementierungstechniken von der Ernährungs- auf die Gesamtwirtschaft war aber politisch nicht durchsetzbar.<sup>9</sup>

Schließlich garantierte „Nahrungsfreiheit“ allein noch nicht „politische Freiheit“, solange nicht der Aufbau des Militärapparates im Sinne von „Wehrfähigkeit“ den Handlungsspielraum erweiterte. Die rohstoffintensive Aufrüstung musste aber finanziert werden, und dazu war Devisen bringende Ausfuhr notwendig. Die Frage war, wie unter diesen Umständen das Problem der finanzierbaren Einfuhr entweder von industriellen Rohstoffen für die Rüstung oder von Nahrungsgütern für die Bevölkerung gelöst werden würde. Es war für die Verbraucherinteressen ebenso fatal wie für die Interessen der Landwirtschaft, wenn in Reichsnährstandskreisen schon frühzeitig zugestanden werden musste, es sei „klar, dass bei der übertragenden Bedeutung der Aufrüstung für die Lebensgemeinschaft des deutschen Volkes die wenigen verfügbaren Devisen in erster Linie für wehrpolitische Zwecke bereitgestellt werden müssen“.<sup>10</sup> Die Gefahr war groß, dass sich die Agrarpolitik, nachdem sie entsprechende Erwartungen geweckt hatte, nicht in der Lage sah, die Nahrungsmittelversorgung aus eigenem Vermögen zu bewerkstelligen, und für entsprechende Ergänzungseinfuhren keine Finanzmittel zur Verfügung gestellt wurden. Das Versagen war angesichts des Anspruchs und der Möglichkeiten in der NS-Agrarpolitik quasi schon vorprogrammiert.

Hinzu kam die Abhängigkeit der landwirtschaftlichen Produktion von Klima und Witterung. Was sich anlässlich der Rekordernte von 1933 für die Bauern als Ablieferungsrecht und Abnahmegarantie darstellte, entwickelte sich bald für die Landwirtschaft zu Ablieferungs-

pflicht und Produktionszwang. Die Gründe hierfür waren unter anderem eine Missernte 1934, der mit zunehmendem Schwinden der Arbeitslosigkeit steigende Nahrungsmittelkonsum der Bevölkerung und restriktive Einfuhren von Ernährungsgütern durch Verlagerung der Devisenbereitstellung auf Rüstungsmaterial und entsprechende Rohstoffe. Während im Herbst 1935 die Einführung der „Brotkarte“ aus politischen Gründen, das heißt aus Rücksicht auf das Ansehen des Regimes bei der Bevölkerung, vermieden werden musste, war eine Rationierung in der Fettwirtschaft über „Kundenlisten“, die den Bezug von Butter und Schmalz „ordneten“, nicht zu vermeiden.<sup>11</sup>

Die deutsche Landwirtschaft hatte nicht nur die Aufgabe der Sicherung der Ernährungsbasis, sie sollte auch durch Entlastung der Handelsbilanz Devisen freimachen, die für Rüstungsimporte dringend gebraucht wurden. Bei ungünstiger Entwicklung der *terms of trade*, tendenziell sinkenden Ernteerträgen und steigender Nachfrage aufgrund erfolgreicher Arbeitsbeschaffung wurde die Landwirtschaft unter das Diktat maximaler Produktionsleistung gestellt. Hierbei musste sich die absehbare Bewegung der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte in Richtung auf die sowohl hinsichtlich der Löhne wie der Arbeitsbedingungen wesentlich attraktiveren Bereiche Industrie und Gewerbe – die so genannte „Landflucht“ – verschärfend auswirken. Dies waren die Ausgangs- und Rahmenbedingungen für die „Erzeugungsschlachten“, die ab 1934/35 nach dem Vorbild der *battaglia del grano* in Mussolinis faschistischem Italien jährlich „geschlagen“ wurden, so lange das „Dritte Reich“ bestand.<sup>12</sup>

Die Bilanz dieser mit aufwändigen propagandistischen Mitteln durchgeführten Produktionssteigerungen in der Landwirtschaft war aber vor allem im Hinblick auf die strategische Priorität der Reduzierung der Abhängigkeit vom Ausland ernüchternd. Ohne hier auf Einzelheiten eingehen zu können, wie etwa die Zweckentfremdung großer Teile der landwirtschaftlichen Nutzfläche für den Bau von Flughäfen, militärischen Übungsplätzen und Fabrikanlagen, muss festgehalten werden, dass es die „Erzeugungsschlachten“ in den sieben Friedensjahren nationalsozialistischer Agrarpolitik nicht einmal annähernd schafften, das deutsche Defizit an landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Lebensmitteln zu beseitigen. Zwischen 1933 und 1939 stieg die gesamte landwirtschaftliche Produktion zwar um etwa 10 Prozent an, der Selbstversorgungsgrad Deutschlands erreichte insgesamt aber nie mehr als 85 Prozent; 1939 betrug er 83 Prozent.<sup>13</sup>

Der Sektor, in dem die schwerwiegendsten Lücken auch während der nationalsozialistischen Zeit bestanden, war jener der tierischen und pflanzlichen Fette. Hier erreichte das Deutsche Reich 1933/34 einen Selbstversorgungsgrad von nur 53 Prozent, der bis 1938/39 lediglich auf 57 Prozent gesteigert werden konnte. Der Mangel an tierischen Fetten konnte wegen des strukturellen Defizits an Futtermitteln kaum verringert werden, während die Ausweitung der Wiesenflächen und des Futtermittelanbaus andere nicht minder wichtige Bereiche wie die Getreideproduktion beeinträchtigte. Hier kam es nach einer sehr guten Ernte 1933 in den folgenden beiden Jahren aufgrund großer Trockenheit zu Missernten. Auch in den folgenden Jahren stieg die Getreideproduktion nur unwesentlich an. Neben dem Anwachsen des Importbedarfs rief diese Entwicklung auch einen Futtermittelmangel und folglich eine Verringerung des Viehbestandes hervor. Der Futtermittelimport musste 1934/35 aufgrund des drastischen Einbruchs in der Getreideproduktion um 152 Prozent angehoben werden. Nach Ansicht von Fachleuten fehlten im Winter 1935/36 mindestens zwei Millionen Tonnen Brotgetreide und „mehrere“ hundert Tausend Tonnen Fett, so dass in Regierungskreisen nicht nur von einer „Brotkrise“, sondern auch von einer generellen „Nahrungsmittelkrise“

gesprochen wurde. Schon damals, im Herbst 1935, zeichnete sich als Konsequenz die Rationierung von Brot, Mehl und Fett ab.<sup>14</sup>

Angesichts dieser schwierigen Situation gab es die Alternative, entweder die Einfuhr freizugeben, so dass die inländische Nachfrage befriedigt und das Gleichgewicht der Verbraucherpreise wieder hergestellt werden konnte, oder den Konsum, der sich aufgrund des allgemeinen ökonomischen Aufschwungs neu belebte, erheblich einzuschränken. Darré, der seinerseits unter dem starken Druck stand, das Einkommen der Landwirte zu erhalten und möglichst zu erhöhen, trat entschieden für eine massive Einfuhr ein und fand hierin zunächst Hitlers Unterstützung, der sehr darauf bedacht war, das Wohlwollen der Massen nicht zu verlieren und den Imageverlust, der mit der Einführung einer „Brotkarte“ mitten im Frieden verbunden gewesen wäre, zu vermeiden. So wurden zusätzliche Devisen für Nahrungsmittelaufnahmen bereitgestellt.<sup>15</sup>

Hjalmar Schacht, der seit März 1933 wieder als Reichsbankpräsident amtierte, seit August 1934 auch mit der Führung der Geschäfte des Reichswirtschaftsministeriums betraut war und seit Mai 1935 „Generalbevollmächtigter für die Kriegswirtschaft“ war, vertrat dagegen eine zurückhaltende Importpolitik, indem er auf die passive deutsche Handelsbilanz sowie eine mögliche Gefährdung der Stabilität der Währung hinwies und im Übrigen mit kritischen Seitenhieben auf die Marktregelung des Reichsnährstandes für Nahrungsmittel die Ausgaben für die Getreideeinfuhr als „Verschwendung“ bezeichnete.<sup>16</sup> Aber auch innerhalb der NSDAP, insbesondere bei den Gauleitern, übte man an Darrés Agrarpolitik massive Kritik. In ihren Augen zog sie eine Preiserhöhung für die wichtigsten Lebensmittel nach sich und wirkte sich damit nachteilig auf die Stimmung der Bevölkerung aus, die eine sehr schwere Wirtschaftskrise erlebt hatte und mit dem Wiederaufschwung große Hoffnungen in das „Dritte Reich“ setzte.<sup>17</sup>

Der Gegensatz zwischen Darré und Schacht gehört durchaus in einen größeren ökonomischen und politischen Zusammenhang, weil hier grundsätzliche Positionen ordnungspolitischer Art auf dem Felde der Devisenbewirtschaftung ausgetragen wurden. Schon im Juli 1931 hatte das Handelsbilanzdefizit zur offiziellen Bewirtschaftung von Devisen geführt. Im Juni 1934 erreichten die staatlichen Reserven einen Tiefstand. Schacht wollte die knappen Devisenvorräte erhalten und die von der deutschen Wirtschaft in der Periode vor der Weltwirtschaftskrise vor allem im industriellen Außenhandel eroberte Spitzenrolle verteidigen. Dazu waren Rohstoffe nötig, die zum Großteil eingeführt werden mussten. Weil Deutschland ein typisches Veredelungsland sei, müsse es den Gedanken der Weltwirtschaft bejahen und den Gedanken der Autarkie ablehnen, erklärte er. Schacht war der Meinung: „Autarkie bedeutet immer Armut [...] Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass sich Deutschland einen kräftigen Binnenmarkt schaffen und erhalten will, aber gerade um dieses Binnenmarktes willen legt es ebenso Wert auf einen gesunden Außenhandel.“ Nach Schacht war es in Übereinstimmung mit den vorherrschenden Gruppen in der Industrie deshalb unerlässlich, eine offene und dynamische Handelspolitik zu betreiben. Folglich lehnte er die Position der, wie er sie nannte, „Fanatiker der Autarkie“ ab. Sie sei mit den grundlegenden Interessen der deutschen Wirtschaft unvereinbar.<sup>18</sup>

Demgegenüber führte Darré gegen einen Kabinettsbeschluss vom April 1934, jede vermeidbare Devisenanforderung von der Reichsbank fernzuhalten, zwei Gesichtspunkte ins Feld: Erstens müsse aus sicherheitspolitischen Gründen eine angemessene Bevorratung stattfinden, und zweitens mache die 1934 zu erwartende schlechte Ernte Getreide- und Fetteinfuhren unumgänglich. Im Übrigen reklamierte er für sein Ministerium die Verfügungsgewalt über die Höhe der Nahrungsmittelaufnahme.<sup>19</sup> Im Oktober 1934 fand erstmals eine Chefbesprechung

unter Vorsitz Hitlers zu dem Konfliktthema statt, wem die Entscheidungskompetenz für die Devisenbewirtschaftung zustehe. Am 28. Februar 1935 wandte sich Darré wiederum direkt an Hitler, als Schacht die Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung angewiesen hatte, nur mit seinem Einverständnis Devisenanforderungen aus der Landwirtschaft anzunehmen. Der Grund hierfür war, dass Darré auf einer Chefbesprechung im Juni 1934 seinen Ministerkollegen noch versichert hatte, die Getreidevorräte würden ausreichen, um jeder künftigen Ernährungskrise vorbeugen zu können. Aber schon einen Monat später – offensichtlich unter dem Eindruck einer neuen Ernteschätzung – hatte er überraschend die Bereitstellung von Devisen in der gewaltigen Höhe von täglich 1,3 Millionen Reichsmark gefordert. Im Oktober 1935 wurde dann erstmals Göring als Vermittler mit der Sache befasst, womit sich dessen Aufstieg zur Entscheidungsinstanz in Wirtschaftsfragen ankündigte. Am 4. April 1936 wurde er von Hitler mit der Lösung der Rohstoff- und Devisenprobleme beauftragt, am 18. Oktober 1936 seine Ernennung zum Verantwortlichen für den zweiten Vierjahresplan offiziell verkündet.<sup>20</sup>

Darrés Devisenforderung war weit von dem entfernt, was Schacht zu konzedieren bereit war, sodass ein Kompromiss nicht gefunden werden konnte. Der Reichsbankpräsident verlangte überdies den Abbau der großen Getreidevorräte, die Darré hatte anlegen lassen und die er aufgrund strategischer, mit dem Führerwillen begründeter Erfordernisse nicht zur Belieferung des inländischen Marktes freigeben wollte. In der Vorratsfrage konnte sich Schacht zunächst zwar noch gegen Darré durchsetzen. Er untermauerte seine Kritik mit schweren Vorwürfen der Ineffizienz gegen die nach seiner Ansicht erdrückende Maschinerie und teure Bürokratie des Reichsnährstandes und seiner „Marktordnung“. Es seien weder die versprochenen Produktionssteigerungen noch die erhofften Deviseneinsparungen eingetreten – im Gegenteil: Die Ernteerträge beim Getreide waren seit 1933 dramatisch gesunken, und in ihrem Gefolge stellte sich auch ein Rückgang bei den Viehbeständen ein. Der Einfuhranteil der Ernährungswirtschaft an der Gesamteinfuhr erhöhte sich zwischen 1934 und 1936 von 34,7 auf 35,5 Prozent. Darré verwies in seiner Antwort auf die schlechte Ernte, die steigenden Weltmarktpreise und die zunehmende Konsumnachfrage.<sup>21</sup>

Aber letztlich konnte der Konflikt zwischen Schacht und Darré nicht gelöst werden, so dass sich Hitler für einen dritten Weg aus dem Dilemma entschied. Er hatte bisher darauf bestanden, die durchschnittlichen Lebensmittelrationen nicht zu verringern und auch mit Preiserhöhungen zurückhaltend zu sein. Die Gefahr, die in einer Rationierung verfügbarer Lebensmittel für die Stimmung der Bevölkerung lag, und der unüberwindliche Konflikt der beiden Minister veranlassten ihn im August 1936 jedoch, die Situation in einer geheimen Denkschrift grundsätzlich zu klären, die zum Ausgangspunkt des zweiten Vierjahresplans wurde.<sup>22</sup> Hitler setzte darin gegenüber den Wirtschaftsliberalen um Schacht und den Reichskommissar für die Preisüberwachung, Gördel, neue Prioritäten durch eine expansive Akzentuierung des Autarkiegedankens: „Das Ergebnis unserer landwirtschaftlichen Produktion kann eine wesentliche Steigerung nicht mehr erfahren [...]. Es ist aber gänzlich belanglos, diese Tatsache immer wieder festzustellen, d.h. festzustellen, dass uns Lebensmittel und Rohstoffe fehlen, sondern es ist entscheidend, jene Maßnahmen zu treffen, die für die Zukunft eine endgültige Lösung [...] bringen können. Die endgültige Lösung liegt in einer Erweiterung des Lebensraumes bzw. der Rohstoff- und Ernährungsbasis unseres Volkes.“<sup>23</sup>

Darré stimmte Hitler unverzüglich zu und billigte auch Görings Ernennung zum alleinigen Verantwortlichen für den neuen Vierjahresplan, kam dies doch Schachts endgültiger Ausschaltung gleich.<sup>24</sup> Im November 1937 wurde er als Reichswirtschaftsminister und General-

bevollmächtigter für die Kriegswirtschaft entlassen, den Posten des Reichsbankpräsidenten räumte er im Januar 1939. Darrés Sieg sollte jedoch nur von kurzer Dauer sein. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft übersah, dass die Entscheidung für Aufrüstung und Kriegsplanung den industriellen Aufschwung zusätzlich beschleunigte und den Handlungsspielraum drastisch einschränkte, der dem Reichsnährstand bis dahin noch zur Verfügung gestanden hatte und ihm die Zustimmung der ländlichen Bevölkerung sicherte. In der Denkschrift äußerte sich Hitler in dieser Hinsicht sehr deutlich: „Es ist [...] unmöglich, bestimmte Rohstoffdevisen für den Import von Lebensmitteln zu verwenden, wenn nicht der deutschen Wirtschaft ein schwerer, ja vielleicht vernichtender Schlag zugefügt werden soll. Es ist aber vor allem gänzlich unmöglich, dies auf Kosten der nationalen Aufrüstung zu tun.“<sup>25</sup>

Der Vierjahresplan untergrub also endgültig jegliches Streben nach einer herausgehobenen Stellung der Bauern im Gesellschaftsgefüge des „Dritten Reiches“. Die Agrarpolitik hatte sich vielmehr den vorherrschenden Erfordernissen der Aufrüstung unterzuordnen.<sup>26</sup> Die rassistische Bauerntumsideologie, die grundsätzlich jeden harten Produktionsdruck ablehnte, weil er unter anderem die Gebärfähigkeit der Bauersfrau gefährdete, hatte keine Chance mehr.<sup>27</sup> Gegenüber „Brot“ oder gar „Butter“ erhielten „Kanonen“ nun absolute Priorität. So ist die geheime Zielsetzung des Vierjahresplanes von 1936, Deutschland für einen Expansionskrieg aufzurüsten, durchaus als Konsequenz einer hausgemachten Zwangslage in der NS-Wirtschaftspolitik anzusehen.

Der Konflikt zwischen Darré und Schacht bis zur Wende von 1936 wurde hier deshalb so intensiv beleuchtet, weil er die Bedeutung kennzeichnet, die der Landwirtschaft und ihrer Leistungsfähigkeit innerhalb des ökonomischen und politischen Systems des „Dritten Reiches“ zukam. Denn die Schwierigkeiten der nationalsozialistischen Ernährungspolitik wären sicherlich noch weitaus größer gewesen, wenn das Deutsche Reich im Laufe der Dreißigerjahre nicht eine erfolgreiche bilaterale, die Devisenbilanz nicht belastende – weil auf Clearingbasis stattfindende – Handelspolitik mit ost- und südosteuropäischen Staaten hätte realisieren können. Hier zeigte sich, wie sehr Schachts „Neuer Plan“ zur Umorientierung der deutschen Handelspolitik von weltwirtschaftlicher Verflechtung zur Großraumwirtschaft passte, die von den Nationalsozialisten betrieben wurde.<sup>28</sup>

Die Bilateralisierung der Handelspolitik brachte die davon betroffenen Partnerstaaten schon frühzeitig unter deutschen politischen Einfluss. Begünstigt von einer schweren Agrarkrise und einer gewissen Zurückhaltung der anderen westlichen Großmächte, konnte Deutschland in wenigen Jahren große Mengen von Lebensmitteln, Futtergetreide und Ölfrüchten insbesondere aus Rumänien, Ungarn, Bulgarien und Jugoslawien einführen, mit einem entlastenden Effekt für die inländische Landwirtschaft. Diese Länder waren vom Agrarexport abhängig und hatten in der Weltwirtschaftskrise ihre Absatzchancen auf dem Weltmarkt verloren. Deutschland bot ihnen nun die Abnahme von Agrarprodukten zu Preisen an, die über dem Weltmarktniveau lagen. Als Gegenleistung erwartete man die Abnahme von Industriewaren, setzte aber hauptsächlich auf politischen Einfluss durch die sich ergebende wirtschaftliche Abhängigkeit. Diese informelle Durchdringung Südosteuropas ist also durchaus als Vorstufe direkter Eroberungs- und wirtschaftlicher Ausbeutungspolitik durch die Nationalsozialisten während des Zweiten Weltkrieges zu sehen. Sie wurde ab 1938 durch den „Anschluss“ Österreichs nicht unwesentlich erleichtert.<sup>29</sup>

Schon in Friedenszeiten verschärfte sich im „Dritten Reich“ die Nahrungsmittelreglementierung durch Kontrolle, Überwachung und Erfassung der Nahrungsgüter vom Erzeuger über

den Händler bis zum Verbraucher. Sie alle wurden zwischen 1933 und 1939, also schon frühzeitig, psychologisch-propagandistisch und durch Zwangsmaßnahmen auf die viel rigideren Verhältnisse der Kriegsernährungswirtschaft vorbereitet.<sup>30</sup> Da der Preis als Regulator für Angebot und Nachfrage weitgehend ausfiel, waren es Propagandakampagnen wie beispielsweise „Kampf dem Verderb“ oder „Fleisch im eigenen Saft“, aber auch ‚sanfte‘ Rationierungsmaßnahmen wie etwa „Kundenlisten“, mit denen man vor 1939 versuchte, den Konsumbedarf der Bevölkerung dem Angebot anzupassen. Es dürfte allerdings eine unzulässige Vereinfachung sein, auf dem Nahrungsmittelsektor von einer „Kriegswirtschaft im Frieden“ zu sprechen. Diese Einschätzung, die insbesondere in der DDR-Historiografie zu finden ist, wird den differenzierter zu sehenden Verhältnissen der NS-Ernährungswirtschaft nicht gerecht. Dadurch würden auch die Zwangsmaßnahmen der späteren Kriegsernährungswirtschaft in unzulässiger Weise verharmlost.<sup>31</sup>

Es wurde schon darauf hingewiesen, dass sich durch die zunehmende Verlagerung des Schwergewichts der deutschen Wirtschaft auf die industrielle Aufrüstung die Produktionsbedingungen im primären Sektor immer schwieriger gestalteten. Zum Mangel an Arbeitskräften gesellten sich Hemmnisse bei der Mechanisierung der Landarbeit. Und gerade die forcierte Aufrüstung hatte eine weitere Öffnung der berüchtigten „Preisschere“ zur Folge, das heißt die Betriebsmittelkosten der Landwirtschaft stiegen schneller als ihre Einnahmen. Auch in der Bodenmelioration und in der Binnensiedlung waren die konkreten Ergebnisse, die erzielt werden konnten, enttäuschend. Zwischen 1933 und 1939 ging die „Neubildung deutschen Bauerntums“ sowohl an Zahl wie an Umfang kontinuierlich zurück.<sup>32</sup> Neben finanziellen, strukturellen und organisatorischen Gründen waren hierfür auch der politische Einfluss der Großgrundbesitzer und dezidiert rassistische Vorgaben der Blut-und-Boden-Ideologen bei der Auswahl potentieller Neusiedler ursächlich. Nur im Zuge einer gewaltsamen „Lebensraum“-Erweiterung, wie sie zwischen 1939 und 1945 von Hitler-Deutschland versucht wurde und von Hitler drei Tage, nachdem er 1933 zum Reichskanzler ernannt worden war, vor Generälen als Leitlinie seiner Politik angekündigt worden war und im „Generalplan Ost“ Konrad Meyers konkrete Formen angenommen hatte, eröffneten sich neue Siedlungsperspektiven für das „Dritte Reich“; damit schien auch das Ziel der nationalsozialistischen Bauerntumsideologen, der Landwirtschaft im Wirtschafts- und Sozialgefüge Deutschlands mehr Gewicht zu verschaffen, in greifbare Nähe gerückt.<sup>33</sup>

## Anmerkungen

- 1 Vgl. die Kontroverse um einen „Primat“ der Politik oder Wirtschaft zwischen Timothy W. Mason (Der Primat der Politik. Politik und Wirtschaft im Nationalsozialismus, in: Das Argument. Berliner Hefte für Probleme der Gesellschaft 8 (1966), 473–494), Eberhardt Czichon (Der Primat der Industrie im Kartell der nationalsozialistischen Macht, in: Ebd. 10 (1968), 168–192; darin auch eine Erwiderung Masons, 193–209); Joachim Radkau, Entscheidungsprozesse und Entscheidungsdefizite in der deutschen Außenwirtschaftspolitik, in: Geschichte und Gesellschaft 2 (1976), 33–55.
- 2 Vgl. Horst Gies, Aufgaben und Probleme der nationalsozialistischen Ernährungswirtschaft 1933–1939, in: Vierteljahresshefte für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 66 (1979), 466–499.
- 3 Vgl. Darrés Rede vor dem Marineoffizierskorps in Wilhelmshaven und Kiel am 4. und 6. 12. 1934 (Manuskript, Stadtarchiv Goslar, Nachl. R. W. Darré, Nr. 423); allgemein vgl. Gustavo Corni/Horst Gies, Brot – Butter – Kanonen. Die Ernährungswirtschaft in Deutschland unter der Diktatur Hitlers, Berlin 1997, 251–395.

- 4 Curt Rosten, *Das ABC des Nationalsozialismus*, 3. Aufl., Berlin 1933, 59. Vgl. auch allgemein Avraham Barkai, *Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Ideologie, Theorie, Politik 1933–1945*, Frankfurt am Main 1988.
- 5 Vgl. die Unterscheidung zwischen „größtmöglicher“ Autarkie (für die Vorkriegszeit) und „absoluter“ Autarkie (für die Zeit nach einem erfolgreichen Expansionskrieg) bei Heinrich August Winkler, *Der lange Weg nach Westen*, 5. Aufl., München 2002, Bd. II, 51 f.
- 6 Zit. nach Hans-Erich Volkmann, *Das außenwirtschaftliche Programm der NSDAP 1930–1939*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 17 (1977), 254. Vgl. auch die Rundfunkrede des Staatssekretärs im Reichsernährungsministerium unter Hugenberg (DNVP), von Rohr, am 22. 2. 1933 (WTB-Pressedienst, Bundesarchiv Berlin, R 43 I, Bd. 1301, Bl. 51); Hans-Erich Volkmann, *Deutsche Agrarreliten auf Revisions- und Expansionskurs*, in: Martin Broszat u. a. (Hg.), *Die deutschen Eliten und der Weg in den Zweiten Weltkrieg*, München 1989, 334–388. Zur Abwehr eines missverständlichen und bewusst verfälschend übertriebenen Autarkiebegriffs der Nationalsozialisten vgl. Ferdinand Fried, *Die Zukunft des Außenhandels*, Jena 1934, 38 f.
- 7 Vgl. ausführlicher Corni/Gies, *Ernährungswirtschaft*, wie Anm. 3, 261–280.
- 8 Vgl. Hermann Reischle/Wilhelm Saure, *Aufgaben und Aufbau des Reichsnährstandes*, Berlin 1934, 86 f.; Hans Merkel, *Agrarpolitik*, Leipzig 1942, 73 f.; Dietmar Petzina, *Autarkiepolitik im Dritten Reich. Der nationalsozialistische Vierjahresplan*, Stuttgart 1968; Hans-Erich Volkmann, *Außenhandel und Aufrüstung in Deutschland 1933 bis 1939*, in: Friedrich Forstmeier/Hans-Erich Volkmann (Hg.), *Wirtschaft und Rüstung am Vorabend des Zweiten Weltkrieges*, Düsseldorf 1975, 81–131.
- 9 Vgl. Hans-Erich Volkmann, *Die NS-Wirtschaft in Vorbereitung des Krieges*, in: *Militärhistorisches Forschungsamt* (Hg.), *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, Bd. I: *Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik*, Stuttgart 1979, 177–368; Fritz Blach, *Wirtschaft und Rüstung im „Dritten Reich“*, Düsseldorf 1987.
- 10 Willy Meinhold, *Grundlagen der landwirtschaftlichen Marktordnung* (Berichte über Landwirtschaft, 134. Sonderheft), Berlin 1937, 62. Vgl. auch Artur Schürmann, *Deutsche Agrarpolitik*, Neudamm 1941, 407–452.
- 11 Vgl. Horst Gies, *Von der Verwaltung des ‚Überflusses‘ zur Verwaltung des ‚Mangels‘. Instrumente staatlicher Marktregelung für Nahrungsmittel vor und nach 1933*, in: Dieter Rebentisch/Karl Teppe (Hg.), *Verwaltung contra Menschenführung im Staat Hitlers. Studien zum politisch-administrativen System*, Göttingen 1986, 302–332.
- 12 Vgl. Alexander Nützenadel, *Landwirtschaft, Staat und Autarkie. Agrarpolitik im faschistischen Italien (1922–1943)*, Tübingen 1997 (Bibliothek des Deutschen Historischen Instituts in Rom, 86), 109–157; Gustavo Corni, *Markt, Politik und Staat in der Landwirtschaft. Ein Vergleich zwischen Deutschland und Italien im 20. Jahrhundert*, in: *Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie* 51 (2003), 62–77.
- 13 Vgl. Arthur Hanau/Roderich Plate, *Die deutsche landwirtschaftliche Preis- und Marktpolitik im Zweiten Weltkrieg*, Stuttgart 1975 (Quellen und Forschungen zur Agrargeschichte, 28); Max Rolfes, *Landwirtschaft 1914–1970*, in: Hermann Aubin/Wolfgang Zorn (Hg.), *Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte*, Bd. 2, Stuttgart 1976, 771 f.; Friedrich-Wilhelm Henning, *Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft in Deutschland*, Bd. 2: 1750 bis 1976, Paderborn 1978, 220 f.; Corni/Gies, *Ernährungswirtschaft*, wie Anm. 3, 309–318.
- 14 Vgl. u. a. den Artikel „Zuerst die Arbeit, danach die Butter“ von Fritz Nonnenbruch im „Völkischen Beobachter“ vom 21. 11. 1935; Karl Brandt, *The German Fat Plan and its Economic Setting*, Stanford/Cal. 1938, 179 f.; Petzina, *Autarkiepolitik*, wie Anm. 8, 95; John E. Farquharson, *The Plough and the Swastika. The NSDAP and Agriculture in Germany 1928–1945*, London 1976, 161–181; Gustavo Corni, *La politica agraria del nazional-socialismo 1930–1939*, Milano 1989, 199–231.
- 15 Vermerk der Reichskanzlei vom 14. 8. 1934 (BA-Berlin, R 43 II, Bd. 199): „Es wird auch in Zukunft darauf zu achten sein, dass Versorgungsschwierigkeiten auf diesem Lebensmittelgebiet [der Fettversorgung] unter allen Umständen vermieden werden müssen.“ Allgemein zur Mangelwirtschaft auf dem Nahrungsmittelsektor im „Dritten Reich“ und speziell zur „Brotkarte“ vgl. Corni/Gies, *Ernährungswirtschaft*, wie Anm. 3, 324–334, 355–363.
- 16 Schacht konnte sich auf einen Kabinettsbeschluss vom 24. 4. 1934 berufen, jede vermeidbare Devisenanforderung von der Reichsbank fern zu halten (BA-Berlin, R 43 II, Bd. 331). Vgl. auch Volkmann, *NS-Wirtschaft*, wie Anm. 9, 254 f.
- 17 Zu einem ersten Zusammenstoß zwischen Darré und den Gauleitern kam es am 14.7.1934. Deren Eingaben und Beschwerden gelangten über Bormann direkt zu Hitler (BA-Berlin, NS 22, Bd. 850).
- 18 Vgl. die Mahnbriefe der Reichsbank an Darré vom April/Mai 1934, Devisen zu sparen und unbedingt nötige Transaktionen auf die Länder zu beschränken, mit denen Clearing-Abkommen bestanden (BA-Berlin, R

- 2/18039) sowie den von Schacht am 7.12.1935 in München gehaltenen Vortrag, abgedruckt in: Direktorium der Reichsbank (Hg.), Schacht in seinen Äußerungen, Berlin 1937, 101.
- 19 Vgl. die zahlreichen Briefe und Denkschriften Darrés vom Dezember 1934 bis März 1935 an Hitler und den Chef der Reichskanzlei, Lammers, in: BA-Koblenz, Nachl. Darré II, Bd. 24 und BA-Berlin, R 43 II, Bd. 193 und Bd. 331 sowie Darrés Schreiben an Schacht vom 16.3.1936 (BA-Militärarchiv Freiburg, RW 19/862), abgedruckt in: Walter Steitz (Hg.), Quellen zur deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte in der Zeit des Nationalsozialismus, 1. Teilband (1933–1939), Darmstadt 2000, 82 f.
  - 20 Vgl. den Brief Darrés an den Reichsfinanzminister und an die Reichsbank vom 26.7.1934 (BA-Berlin, R 43 II, Bd. 199); K. H. Minuth (Hg.), Akten der Reichskanzlei. Die Regierung Hitler, Boppard a. Rh. 1983, 1. Teil, 1310; Heinz Dietmar Petzina, Der nationalsozialistische Vierjahresplan von 1936. Entstehung, Verlauf, Wirkungen, Diss. Mannheim 1965, 28 f.; Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, wie Anm. 9, 278 f.
  - 21 Zur Bevorratung von Nahrungsmitteln, die offensichtlich auf Initiative der Reichswehrministeriums zurückging (vgl. Darrés Brief an Blomberg vom 20.10.1934, BA-Berlin, R 43 II, Bd. 863) und deren strategische Bedeutung Darré in einer Denkschrift an Hitler vom 6.5.1935 hervorhob (vgl. BA-Koblenz, Nachl. Darré II, Bd. 24) vgl. den Aktenvermerk des Ministerialrats in der Reichskanzlei, Franz Willhuhn, wonach im Reichskabinett die Auflösung insbesondere der Getreidevorräte beschlossen worden sei, um die verfügbaren Finanzmittel zur Ankurbelung der industriellen Konjunktur zu verwenden (BA-Berlin, R 43 II, Bd. 331). Zu den Einfuhrzahlen vgl. Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung, Nr. 2 v. 12.1.1938, 10 f.; Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 57(1938), 258; Statistisches Handbuch von Deutschland 1928–1944, hg. v. Länderrat des amerikanischen Besatzungsgebietes, München 1949, 124 f. Zur Position Darrés vgl. auch seinen Brief an Schacht vom 26.8.1935 (Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn, Sonderreferat Wirtschaft, Bd. 8, Getreide).
  - 22 Eine erste Chefbesprechung zur Kontroverse Schacht – Darré hatte am 28.10.1934 stattgefunden, ein drittes und letztes Treffen fand am 5.2.1936 ohne Einigung statt (vgl. Schachts Brief an Hitler vom 3.4.1936, BA-Berlin, NS 10, Bd. 32). Hitlers Denkschrift zum Vierjahresplan ist veröffentlicht und kommentiert von Wilhelm Treue in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 3 (1955), 184–210, hier 206; die Denkschrift Hitlers ist auch publiziert in: Steitz, Quellen, wie Anm. 19, 84 f.
  - 23 Denkschrift, wie Anm. 22, 206. Zur Entstehung der Denkschrift vgl. auch Petzina, Autarkiepolitik, wie Anm. 8, 48 f.; Ian Kershaw, Hitlers Macht. Das Profil der NS-Herrschaft, München 1992, 164 f.; Volkmann, NS-Wirtschaft, wie Anm. 9, 278 f.
  - 24 Vgl. auch den Brief Darrés an Göring vom 1.11.1936 (Stadtarchiv Goslar, Nach. Darré, Bd. 146).
  - 25 Denkschrift, wie Anm. 22, 207.
  - 26 Petzinas Ansicht (Autarkiepolitik, wie Anm. 8, 95 f.), die Einbeziehung der Landwirtschaft in den Vierjahresplan habe die Agrarpolitik im „Dritten Reich“ nicht verändert, ist daher zu revidieren.
  - 27 Dies zeigte sich dann auch an der Verdrängung Darrés durch seinen Staatssekretär Herbert Backe, der über Görings Vierjahresplanbehörde an seinem Minister vorbei politische Entscheidungen durchsetzen konnte und ihn 1942 dann auch faktisch ablöste. Vgl. hierzu Gustavo Corni/Horst Gies, Blut und Boden. Rassenideologie und Agrarpolitik im Staat Hitlers, Idstein 1994.
  - 28 Vgl. Eckart Teichmann, Autarkie und Großraumwirtschaft in Deutschland 1930–1939, München 1984; Corni/Gies, Ernährungswirtschaft, wie Anm. 3, 365–392.
  - 29 Vgl. Volkmann, NS-Wirtschaft, wie Anm. 9, 323 f. und 339 f.; Alfred Kube, Außenpolitik und „Großraumwirtschaft“. Die deutsche Politik zur wirtschaftlichen Integration Südosteuropas, in: Helmut Berding (Hg.), Wirtschaftliche und politische Integration in Europa im 19. und 20. Jahrhundert, Göttingen 1984, 185 f.; Willi A. Boelcke, Deutschland als Welthandelsmacht 1930–1945, Stuttgart 1994.
  - 30 Vgl. Corni/Gies, Ernährungswirtschaft, wie Anm. 3, 319–363.
  - 31 Vgl. Joachim Lehmann, Die deutsche Landwirtschaft im Kriege, in: Dietrich Eichholtz, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945, Bd. 2, Berlin (Ost) 1985, 570–579.
  - 32 Vgl. Jan G. Smit, Neubildung deutschen Bauerntums. Innere Kolonisation im Dritten Reich, Kassel 1983; Corni/Gies, Ernährungswirtschaft, wie Anm. 3, 298–309.
  - 33 Vgl. die Niederschrift des Generalleutnants Liebmann über Hitlers Ansprache vor Generälen am 3.2.1933 im Reichswehrministerium in Berlin („Eroberung neuen Lebensraumes im Osten und dessen rücksichtslose Germanisierung“) in: Walther Hofer, Der Nationalsozialismus. Dokumente 1933–1945, Frankfurt am Main 1957, 180 f.; Mechtild Rössler/Sabine Schleiermacher (Hg.), Der „Generalplan Ost“. Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik, Berlin 1993. Siehe auch den Beitrag von Uwe Mai in diesem Band.